1. Folgende **Kriterien für Solidarische Ökonomie** (SolÖk) wurden von der AG beschlossen:

1. Solidarität statt Konkurrenz

2. Gleichheit statt Hierarchie

3. Gleichheit der Geschlechter

4. Priorität Gebrauchswert statt Tauschwert

5. Kollektivität statt Privateigentum an Produktionsmitteln

6. Hohe Arbeitsqualität statt Unterordnung der Arbeitsprozesse unter das Diktat der Kapitalverwertung (dieser Punkt hat zum einen die gesellschaftliche Ebene, diese ist hier gemeint, die individuelle Ebene wird durch Punkt 7 abgedeckt)

7. zentraler Stellenwert der Ökologie mit Erhaltung der Lebensgrundlagen und nachhaltiges Wirtschaften

8. demokratische Entscheidungsprozesse und Konsensprinzip

1. **Entstehungsbedingungen** für Solidarische Ökonomie

Eine letzte Klärung dieser Bedingungen konnte die AG nicht leisten. Allerdings war für uns auffällig, dass die meisten SolÖk- Betriebe und Initiativen in Notlagen entstanden sind.

Ein gutes Beispiel liefert hierfür **Südamerika**: dort war die SolÖk die Antwort auf die Auswirkungen neoliberalen Wirtschaftens ab den 1970er Jahren, das zu vielen Betriebsaufgaben und Verarmung ganzer Landstriche und Bevölkerungsteilen führte und zu Wirtschaftskrisen, die –wie in Argentinien- bis zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft geführt haben. Zentren der SolÖk in Lateinamerika sind Brasilien und Argentinien.

In *Brasilien* wurde als Reaktion auf die Wirtschaftskrisen der 1980er und 1990er Jahre versucht die SolÖk in der Praxis umzusetzen. Es entstanden vor allem Kooperativen. Die Unterstützung durch die Gewerkschaften und die Regierung galt dabei als entscheidend und hat zu einer führenden Position Brasiliens bei der Umsetzung von SolÖk geführt. Seit 2003 sind diese Bemühungen im SENAES (Secretaria Nacional de Economia Solidaria, deutsch das nationale Sekretariat für die Solidarökonomie) einer Abteilung des Arbeitsministeriums institutionalisiert. Es wird von Paul Singer geleitet und repräsentiert die Bewegung für Solidarökonomie in Brasiliens mit allen Forderungen gegenüber staatlichen und privaten Institutionen sowie internationalen Organisationen. Neben der SolÖk soll auch die regionale Wirtschaft gefördert werden. Im brasilianischen Forum für SolÖk sind über 3000 alternative Betriebe, über 500 Unterstützungsorganisationen, mehr als 80 Städte und die öffentlichen Verwaltungen von sechs Staaten organisiert.

In *Argentinien* kam es als Reaktion auf den Zusammenbruch der Wirtschaft 2001 zu massenhaften Fabrikbesetzungen – vor allem aufgegebener Betriebe. Als Rechtsform wurde meist die Kooperative gewählt. Derzeit befinden sich mehr als 200 Fabriken in den Händen von Arbeitern und sichern die Existenz von mehr als 10.000 Mitarbeitern.

Die Wurzeln der SolÖk liegen in **Europa**, da das Konzept der Selbstverwaltung in Form von Genossenschaften bereits im 19. Jhdt. als Antwort auf die Folgeerscheinungen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mit Fabrikdespotie, hoher Arbeitslosigkeit und Armut von der Arbeiterschaft selbst entwickelt wurde. Auch in Europa entstand die SolÖk also aus der Notwendigkeit das materielle Überleben zu sichern und zugleich aus dem Versuch ein besseres Leben in einem Meer der Ausbeutung selbst zu organisieren. Ob das nun (im Nachhinein betrachtet) eine Illusion oder ein realistischer Versuch war und ist – das sei dahingestellt. Triebfeder war nie nur die Not, sondern immer auch zugleich die Hoffnung.

Im 20. Jhdt. gelingt es die Unterstützung einiger linker Bastionen im Staatsapparat für SolÖk in Form von Genossenschaften zu organisieren. In den 1980ern Jahren setzen in *Italien* Gewerkschaften und Genossenschaften das Marcora-Gesetz durch, das Arbeitern die Übernahme eines insolventen Unternehmens mittels staatlicher Tilgung der Schulden erleichtert. 1986 wird die Compania Financiaria Industriale gegründet, die die Arbeiter in finanziellen Fragen unterstützt und berät.

In *Deutschland* fehlen günstige gesetzliche Rahmenbedingungen und eine aktive politische Unterstützung für SolÖk und es fehlen organisatorische Grundlagen wie Dachorganisationen, Verbände und wissenschaftliche Einrichtungen, die den Aufbau von SolÖk unterstützen. Außerdem fehlt es an der breiten Unterstützung in der Bevölkerung.

Mit der Novellierung des dt. Genossenschaftsgesetzes in 2006 wurden Erleichterungen bei der Gründung, Erweiterung des Zweckes und eine Verbesserung der Finanzierung durch Sacheinlagen angestrebt. Ob dies zu einem deutlichen Anstieg der Genossenschaft als Unternehmensrechtsform geführt hat, ist nicht bekannt.

Bis 1989 fristet die SolÖk in Europa ein Nischendasein, das sich erst mit der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit seit Mitte der 1990er Jahre ändert.

Es gibt also in Europa schon seit langer Zeit SolÖk-Betriebe und z.B.: in Spanien, Italien und Portugal hat die SolÖk-Förderung Verfassungsrang, aber durch die Austeritätspolitik der EU als Reaktion auf die Weltwirtschafts- und Eurokrise ab 2009 haben sich vor allem in Griechenland SolÖk-Initiativen z.B.: Vio.me gegründet.

1. **Erscheinungsformen** Solidarischer Ökonomie

* Genossenschaften: Konsum, Produktion, Vermarktung, Wohnen, Energie, Landwirtschaft (Solawi), Wasser- Abwasser, soziale Dienstleistungen
* Kooperativen
* Kollektive: Bildung, Medien, Verlage, Künstler, Handwerk
* Belegschaftsübernahmen
* Landbesetzungen, hier ist als herausragendes Beispiel die Bewegung der Landlosen (MRT) in Brasilien zu nennen
* Regionalgeld
* Gratisökonomie: Umsonstläden, Tauschringe
* Gemeinsame Nutzung: Allmende, Werkstätten, Car-Sharing, Mitfahrzentralen, freies Wissen
* SolÖk über Grenzen: fairer Kaffee

1. Notwendiges **politisches und organisatorisches Umfeld**

Die Erfahrungen –vor allem in Südamerika- zeigen, dass eine politische Flankierung gepaart mit tragfähigen organisatorischen Strukturen erfolgen muss, soll SolÖk nicht nur eine kurzfristige Erscheinung zur Überwindung von Elendssituationen bleiben, sondern sich langfristig etablieren. Dies trifft nach unserer Einschätzung so lange zu, wie SolÖk nicht die vorherrschende Wirtschaftsform ist.

Dies sollte alle Politikfelder umfassen. Vor allem sind hier zu nennen:

* Rechtliche Rahmenbedingungen
* Unterstützung in Finanzierungsfragen: Fonds zur Finanzierung, staatliche Bürgschaften
* Aufbau und Finanzierung von Organisationsstrukturen zur Interessensvertretung
* Förderung von Kooperationen innerhalb der SolÖk
* Förderung der wissenschaftlichen Unterstützung
* Unterstützung bei Unternehmensführung

Siehe praktische Beispiele im Anhang

Um diese Flankierung politisch durchzusetzen, ist eine Bürger- und Massenbewegung erforderlich, die eine entsprechende notwendige Änderung der heutigen politischen Kräfteverhältnisse erreicht.

1. Solidarische Ökonomie in **Mainz**

Die AG hat versucht mit Solidarischen Initiativen und Betrieben in Mainz in Kontakt zu kommen, da wir uns vorgenommen hatten, Unterstützung im Bereich Vernetzung und politischer Flankierung zu leisten. Es ist uns lediglich gelungen, mit der Solawi-Initiative ins Gespräch zu kommen (vielleicht auch deshalb, weil ein Vorstandsmitglied im Kokreis von attac Mainz tätig ist). Alle anderen Bemühungen -wie Recherche im Cronopius, ob sich dort SolÖk trifft und Einladung von Initiativen aus dem Fairführer Mainz zu einem Filmabend- blieben ohne Resonanz. Aufgrund der geringen Personalstärke der AG war es nicht möglich, alle Adressen des Fairführers abzutelefonieren oder zu besuchen, so dass wir nicht weiterkamen und deshalb unsere Arbeit an dem Thema beendet haben.

Zum Abschluß haben wir noch ein attac-Sofa mit Filmvorführungen und Diskussion am 22.3.17 zum Thema Betriebsbesetzung Filme: strike bike und Vio me durchgeführt, um das Thema SolÖk in attac Mainz bekannt zu machen und unsere Arbeit vorzustellen. Die Resonanz darauf war ebenfalls gleich null.

1. Literatur

* Elmar Altvater, Nicola Sekler (Hrsg): Solidarische Ökonomie, VSA Verlag Hamburg 2006, Reader des wissenschaftlichen Beirats von attac
* Sven Giegold, Dagmar Embshoff (Hrsg): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, VSA Verlag Hamburg 2008
* Lisa Groß, Juliane Klot: Solidarische Ökonomie – Prinzipien, historischer Hintergrund, Probleme und Perspektiven, ohne Ort, ohne Jahr
* Wikipedia: Solidarische Ökonomie

Mainz in 2017; Mitwirkende: Claude Berny, Alfred Kollmeier, Dominique und Esther Kronsbein, Michael Rumpel, Rainer Stüttgen

Anhang:

**Politische Rahmenbedingungen der Solidarischen Ökonomie in verschiedenen Ländern weltweit** (alles aus: „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“. Sven Giegold, Dagmar Embshoff (Hrsg.). VSA-Verlag Hamburg 2008.)

Politische Unterstützungsstrukturen für Solidarische Ökonomie

* Frankreich: 300 *„Boutiques de gestion“* („Management-Läden“) mit 665 MitarbeiterInnnen & 700 Freiwilligen 🡪 existieren seit den 1970ern & unterstützen die Gründung & Weiterentwicklung kleiner Unternehmen in einer 2jährigen Aufbauphase 🡪 finanziert durch einen „Mix aus nationalen und lokalen Programmen“ zur Beschäftigungsförderung
* Frankreich/Belgien: Betriebs- & Beschäftigungsgenossenschaften (BBG) = „Schutzschild in der Testphase einer Geschäftsidee“, entstanden in Frankreich durch das Scheitern der „Ich-AGs“ 🡪 42 BBGs in Frankreich & Belgien mit jährlichem 16.423.000 € Umsatz der Unternehmen 🡪 „innovativer alternativer Weg der Selbständigkeit“: gemeinschaftliche UnternehmerInnenschaft 🡪 BBG kümmert sich als Trägerunternehmen um Verwaltung & Rechtliches (& bekommt dafür 10% der Einkünfte), UnternehmerIn konzentriert sich auf die Entwicklung der Geschäftsidee, UnternehmerIn & BeraterIn sind in einer Genossenschaft vereint 🡪 hat d. UnternehmerIn Einkünfte, unterschreibt sie/er einen unbefristeten Arbeitsvertrag & erhält ein Gehalt
* GB: *„Co-operative Development Agencies“* (CDAs, heute noch 58) 🡪 finanziert durch “linksgerichtete kommunale Behörden” 🡪 unterstützen nicht nur Genossenschaften, sondern “alle sozialen Unternehmen” (was immer das heißt…)
* GB: *Social Enterprise Coalition (SEC)* 🡪 2002 gegründet durch die Mitglieder, gefördert durch Regierung & Sponsoren, Schwerpunkt auf Lobbying auf oberster politischer Ebene 🡪 Aufbau regionaler Netzwerke sozialer Unternehmen, von denen jedes einen Sitz im Vorstand der SEC hat.
* Schweden: *„Förening för kooperativ utweckling“ (FKU)* = quasi-öffentliche Agenturmit staatlicher Basisfinanzierung, bestehend aus 25 örtlichen Agenturen zur Entwicklung der genossenschaftlichen Selbsthilfe (LKU, jeweils unabhängige Vereine & Mitglieder von FKU)
* Deutschland: *„Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.“* oder „NETZ“, entstand 1985 durch die Gruppen des *„Netzwerk Selbsthilfe“* in verschiedenen Städten NRWs 🡪 Projektbüros in Stuttgart, Frankfurt, Köln, Oberhausen, Dortmund & Berlin. 🡪 *NETZ Consult* = Unternehmensberatung durch ein Netzwerk von BeraterInnen 🡪 können die KundInnen anteilig durch öffentliche Förderung refinanzieren 🡪 2001 bildete & finanzierte das NETZ, zusammen mit anderen Genossenschaftsverbänden, Finanzierungseinrichtungen & Fördervereinen die Entwicklungsagentur für Genossenschaften *„innova“.*

Italien: Das Marcora-Gesetz

* Besteht seit 1985, u.a. dank Lobbyarbeit von 3 Genossenschaftsverbänden & 3 Gewerkschaftskonföderationen. Marode Betriebe 🡪 Arbeitergenossenschaften 🡪 speziell gegründete Finanzgenossenschaft (CFI)
* Der Staat investiert in einem begrenzten Zeitraum von 5-10 Jahren durch CFI-Risikokapital in das Unternehmen im Verhältnis zu der Summe, die jedeR ArbeiterIn bereit ist, in die neue Genossenschaft zu investieren. (Zu Beginn betrug dieses Verhältnis 3:1 – der Staat investierte dreimal mehr als die gesamten Einlagen der ArbeiterInnen.)
* Ein CFI-Berater nimmt an den Vorstandssitzungen der geförderten Genossenschaft Teil + 14tägiger Telefonkontakt zu den LeiterInnen
* Laut CFI erhält der Staat seine Investition i.d.R. nach weniger als 2 Jahren zurück!
* „Dank“ der EU Direktive zur staatlichen Unterstützung gab es plötzlich eine Maximalhöhe für staatliche Unterstützung pro ArbeiterIn, das System wurde für 5 Jahre blockiert, und 2001 kam das überarbeitete Gesetzt heraus, das i.d.R. eine 1:1 (ggf. 2:1, wenn der Höchstsatz nicht überschritten wird) vorsieht.
* Seit 2003 schrittweise Erweiterung des Gesetzes auf: Entwicklungsprojekte in existierenden Arbeitergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, evtl. künftig Betriebe ohne Erben.
* Ein Konsens der *gesamten* italienischen Genossenschaftsbewegung und Gewerkschaftsbewegung war notwendig, um das Gesetz zu verwirklichen (nicht nur Arbeitergenossenschaften).
* CFI gibt als Erfolgsfaktoren an, dass ihre „ExpertInnen“ viel Entscheidungsfreiheit hatten und strenge Kriterien anlegen konnten (Machbarkeitsstudien etc.), um zu fördernde Projekte auszuwählen oder abzulehnen – und so den Erfolg des Gesamtkonzeptes zu ermöglichen.

Brasilien: SENAES

* SENAES = Nationales Sekretariat Solidarischer Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (MTE) der brasilianischen Regierung, 2003 per Gesetz geründet, heute knapp 30 MitarbeiterInnen in 2 Abteilungen:

1. Aufbau (KoordinatorInnen für Mikrokredite, Vermarktung, lokale solidarische Entwicklung, Ausbildung in SolÖk)

2. Studien (einschl. Kartierung der SolÖk im ganzen Land) & Informationspolitik

+ Büro des Sekretärs

* Seit Mitte der 1990er „Innovationswerkstätten“ an den Universitäten 🡪 *Inkubatoren* für Volksgenossenschaften (z.Zt. 33 Stk., weitere 40 in Planung) 🡪 parallel zu den praktischen „Kämpfen“ wurde an einer Theorie anderen Wirtschaftens gearbeitet, basierend auf der gemeinsamen Übernahme der Produktionsmittel durch Gemeinschaftsunternehmen (produzierende Betriebe, Tauschringe, Mikrokreditorganisationen, Fairtrade-Zusammenschlüsse)
* Die große Gewerkschaftszentrale CUT führt durch die Gründung ihrer eigenen Agentur für Solidarische Entwicklung und andere Vernetzungsbemühungen seit 1996 sämtliche Akteure und Initiativen der Solidarischen Ökonomie zusammen.
* Nationales Plenum der Solidarischen Ökonomie mit Delegierten aus sämtlichen Bundesstaaten 🡪 2002 Gründung des Brasilianischen Forums Solidarischer Ökonomie (Fbes) 🡪 seither wichtigster Kooperationspartner von SENAES
* Nationale Koordinierungskommission des Fbes trifft regelmäßig die Leitung des SENAES
* Aug. 2004 *Erstes Nationales Treffen der solidarischen Betriebe* organisiert von SENAES & Fbes, 2.000 TeilnehmerInnen (die bei Treffen in 27 Staaten ausgewählt wurden)
* Juni 2006 *Erste Nationale Konferenz der Solidarischen Ökonomie* (Conaes)
* Foren auf folgenden Ebenen: bundesstaatlich, z.T. städtisch (Munizipien), z.T. Mikro-Regionen (mehrere Munizipien)
* SENAES hat die bundesstaatliche Foren in direkter Zusammenarbeit mit den Regionales Arbeitsämtern (DRT) aufgebaut
* Nationaler Rat der Solidarischen Ökonomie leitet die Politik der SolÖk der Bundesregierung 🡪 50 Ratsmitglieder aus 3 Bereichen: 1. Solidar. Betriebe; 2. Ministerien & öffentliche föderale Banken; 3. Organisationen der Zivilgesellschaft
* Wichtigste Aktivitäten von SENAES:
* Ausbildung der Akteure zu solidarischen Entwicklung-Agenten; Schaffung eines soliden Finanzsystems über die legale Regulierung des gelenkten produktiven Mikrokredits (2005 erreicht)
* günstige Steuer- & Finanzpolitik
* Bildung von Netzwerken solidarischer Betriebe
* materielle Unterstützung der Vermarktung der Produkte
* Märkte mit Seminaren/Debatten/Kursen (& natürlich Vermarktung 🡪 hier bilden sich z.B. ganze Wertschöpfungsketten)
* Information von Regierungsbeamten (national & regional) über SolÖk
* Vorträge & Forschungs-Unternehmungen mit StudentInnen (die z.T. begeisterte MultiplikatorInnen wurden) 🡪 mitgetragen von den Angestellten der DRT, Mitgliedern der Leitungskomitees für die Kartierung der SolÖk in den Bundesstaaten, VolksbildnerInnen („Null Hunger“-Programm), Angestellten der Banco do Brasil und anderen
* Förderung der *Inkubatoren* an den Unis (s.o.) in Zusammenarbeit mit dem *Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MCT)* & dem *Ministerium für Soziale Entwicklung (MDS)*, der *Banco do Brasil*, der *Stiftung Banco do Brasil* & *Coepe (Komitee von öffentlichen Institutionen für die Aktion der Bürger gegen Hunger und Elend)*
* Anbieten von Kursen zur SolÖk (v.a. für Menschen, die wenig Chancen auf Lohnarbeit haben) in Kooperation mit dem Bildungsministerium
* Kooperation mit verschiedenen (z.T. lokalen) Entwicklungsbanken
* Vorbereitung eines Gesetzesprojektes für die Regulierung der Arbeitsgenossenschaften (Schutz vor dem Entzug der Arbeitnehmerrechte)

ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten

* ALBA = „Bolivarische Alternative für die Amerikas“
* Beteiligung bei der Konzeptentwicklung: soziale Bewegungen, WissenschaftlerInnen, ParlamentarierInnen aus verschiedenen Ländern
* 2004 Kuba & Venezuela + 2006 Bolivien + Nicaragua (+ Ecuador?)
* Prinzipien: Gerechtigkeit, Gleichheit & Solidarität:
  + Ergänzung: gegenseitiger Austausch von Waren & Dienstleistungen, die der andere Partner nicht besitzt (z.B. Erdöl aus Venezuela gegen Ärzte aus Kuba & Ausbildungsmöglichkeiten für Venezueler in Kuba)
  + Kooperation: gegenseitiger Austausch von Wissen, Technologien etc.
  + Solidarität: gerechte Preise
  + Gegenseitiger Respekt & Selbstbestimmung: keine politischen und wirtschaftlichen Auflagen